

# Calmer Saablat

Nr. 142.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Veröffentlichung: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Pf. wöchentlich. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 9.

Mittwoch, 22. Juni 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.00 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Postgebühren. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Die englische Weltpolitik.

London, 21. Juni. Lloyd George sagte in seiner Rede auf der Reichskonferenz weiter, die Nationen und die Völker der Welt hätten ihre gegenseitige Abhängigkeit in weit größerem Maße als je vor dem Kriege eingesehen und der Völkerverbund stehe als Zeuge für die Verwirklichung dieser Wahrheit. Es könnten keine Vorschläge für die Wiederherstellung Europas und für einen dauernden Frieden gemacht werden, es sei denn auf der Grundlage der Annahme der Friedensverträge oder auf einem der Verträge. Hier und dort könnten infolge neuer Verhältnisse mit Zustimmung aller Parteien Erleichterungen angenommen werden. Derartige Zugeständnisse seien vorzuziehen und seiner Ansicht nach seien noch andere im Jahre. Wenn der Glaube an die Verträge nicht aufrecht erhalten werde, so werde die Aera der Unordnung, der wachsenden Not und des Krieges fortdauern und die Zivilisation könne sehr leicht durch die Fortdauer solcher Verhältnisse zerstört werden. Bezüglich des Bündnisses zwischen England und Japan legte der Premierminister: Wir wünschen diese wohlverstandene Freundschaft beizubehalten und auf die Lösung aller Fragen im fernem Osten anzuwenden, wo Japan besondere Interessen hat und wo wir ebenso wie die Vereinigten Staaten gleiche Möglichkeiten und offene Tür wünschen. Es kann der Welt kein größeres Unglück widerfahren, als eine weitere Verschärfung in der Scheidung der Welt nach Westen. Das freundschaftliche Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten ist für uns ein Kardinalgrundsatz. Wir wünschen, mit der größten Republik in allen Teilen der Welt zusammenzuwirken. Wir sind bereit, mit den amerikanischen Staatsbürgern jeden Vorschlag zur Herabsetzung der Zölle zu erörtern, den sie vorzubringen wünschen und wir können uns verpflichten, das Feinere solcher Vorschläge einen Mangel an Entgegenkommen und Bereitschaft auf unserer Seite finden wird. Indessen verkenne ich nicht, daß die Macht zur See notwendigerweise die Grundlage des Gesamtbestandes des Reichs bedeutet. Wir müssen daher die Maßnahmen in Betracht ziehen, die unsere Sicherheit erfordert. Mehr wollen wir nicht, können jedoch auch nicht mit weniger zufrieden sein. — England treibt also seine bisherige Politik der Ächtung Japans weiter.

## Zur auswärtigen Lage.

### England und die Vorkriegsforderungen Frankreichs an Rußland.

London, 22. Juni. Reuter erfährt, daß die britische Regierung eine Antwort auf die letzte Note Frankreichs über die französischen Forderungen an Sowjetrußland und über den durch Vermittlung der russischen Handelsmission erfolgenden Verkauf oder die Abtretung von Gütern und Konzessionen an Großbritannien erteilt hat. Die Antwort besagt, die britische Regierung habe von der Erklärung der französischen Regierung Kenntnis genommen, daß diese alle Rechte ihrer Staatsangehörigen wahre. Die britische Regierung weist darauf hin, daß sie bisher kein Erfuchen um Vorzugsbehandlung britischer Forderungen gestellt habe, und wiederholt, die schon von Lloyd George abgegebene Versicherung, daß die französischen Forderungen die Unterstützung Großbritanniens finden würden, falls ein allgemeines Abkommen zwischen Rußland und den Westmächten getroffen werde. — Bekanntlich verweigert Sowjetrußland die Anerkennung der Schulden der alten russischen Regierung an Frankreich, die dadurch entstanden sind, daß die Franzosen den Russen Milliarden für die Ausrüstung ihres Heeres und für die Anlegung strategischer Bahnen an der Westgrenze geliehen haben.

### Der Völkerbundsrat und die Französisierung des Saargebiets.

Genf, 21. Juni. Nachdem der Völkerbundsrat verschiedene öffentliche Sitzungen abgehalten hatte, behandelte er heute in geheimer Sitzung die Proteste der deutschen Regierung betreffend die Anwesenheit französischer Truppen und die Gerichtsbarkeit französischer Gerichte im Saargebiet, sowie die Ausweisungen und die Einführung der Frankenwährung im öffentlichen Dienste des Saarlandes. Der Präsident der Regierungskommission des Saargebiets, Raoubt, verteilte ausführlich die von der französischen Regierung getroffenen Maßnahmen und der Völkerbundsrat stimmte diesen Darlegungen zu. Präsident Raoubt suchte die deutschen Proteste u. a. durch den Hinweis zu entkräften, daß die Gerichtsbarkeit der Kriegsverbrechen durch ein Dekret stark eingeschränkt werde und daß die Ausweisungen zum Teil wieder zurückgenommen werden würden. Er kündigte u. a. an, daß ein Dekret die Lücke im Friedensvertrag über die saarländische Nationalität ausfüllen werde, wonach jede im Saarland geborene Person, jeder der am 11. November 1918 rechtmäßig vor niedergelassen hatte und jeder, der 3 Jahre lang im Saargebiet gelebt (Beamte oder kontraktlich verpflichtete Personen nach

einem Jahr), die Staatsangehörigkeit besitzt. In einer Erklärung vor den Pressevertretern rechtfertigte Raoubt die Anwesenheit französischer Truppen damit, daß diese keine Okkupationstruppen mehr seien, sondern Garnisonstruppen und daß die von der deutschen Regierung laut Vertrag geforderte lokale Gendarmerie 400 Mann stark sein müßte, eine Zahl, die für das Budget zu kostspielig sei. — Man sieht, der Völkerbund ist ein ausgeprochenes Instrument der Entente, der alles genehmigt, was dieser paßt. Die französische Gesetzgebung im Saargebiet geht offen darauf aus, die Einbürgerung von französischen Staatsangehörigen zu erleichtern, deutsche Staatsangehörige hinauszujucken, und so die Abstammung in 15 Jahren vorzubereiten.

### Die von der deutschen Entschädigung ausgeschlossenen Staaten.

Paris, 21. Juni. Wie der „Temps“ mitteilt, haben folgende Mächte keinen Anspruch auf einen Anteil an der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung, entweder weil sie keine Schadensersatzansprüche stellten, oder weil sie mit Deutschland vor dem Waffenstillstand sich nicht im Kriegszustand befanden. Es sind dies die Vereinigten Staaten von Amerika, Bolivien, China, Cuba, Ecuador, Guatemala, Haiti, Hebräen, Honduras, Nicaragua, Panama, Peru, Polen und Uruguay.

### Anschaffung von Kriegsmaterial in der Schweiz.

Bern, 22. Juni. Der Nationalrat bewilligte einen Kredit von 13,7 Millionen Franken für die Anschaffung von Kriegsmaterial für 1922.

### Die angeblichen gegenrevolutionären Bewegungen in Rußland.

Kopenhagen, 21. Juni. „Berlinske Tidende“ wird aus Helsingfors telegraphiert: Nachrichten aus Rußland besagen, daß der Bauernaufstand im südlichen Rußland eine erste Wendung angenommen habe. Die Sowjetregierung habe sich gezwungen gesehen, bedeutende Truppentransporte dorthin abzusenden. General Swisjin habe den Oberbefehl über sämtliche Truppen zur Unterdrückung des Aufstands übernommen. Aus Moskau wird berichtet, daß alle Studenten den Befehl erhalten haben, die Stadt sofort zu verlassen und sie vor dem 14. September nicht wieder zu betreten. Der Befehl wird amtlich mit dem herrschenden Lebensmittelmangel begründet, der wirkliche Grund soll jedoch in der unter den Studenten bestehenden Färgung zu liegen sein. Nach einem von dem Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten veröffentlichten Bericht hat dieses Kommissariat in den ersten vier Monaten dieses Jahres im Ausland 4285 Agenten beschäftigt. Von diesen wurden ungefähr 3000 verhaftet und 14 hingerichtet. 9 Agenten mußten wegen mißbräuchlicher Verwendung staatlicher Mittel verabschiedet werden. Eritische Zeitungen melden, daß die Frau Maxim Gorkis an der russischen Grenze von den Sowjetbehörden bei einem Versuch, Diamanten aus Rußland auszuführen, verhaftet wurde.

## Ausland.

### Die neue österreichische Regierung.

Wien, 21. Juni. Die Nationalversammlung hat mit 98 christlichsozialen und großdeutschen Stimmen gegen 62 Stimmen der Sozialdemokraten die neue Regierung gewählt. Der neue Bundeskanzler Schöber erklärte im eigenen und im Namen der anderen Mitglieder der neuen Regierung, die Wahl anzunehmen.

Die neue Ministerliste setzt sich wie folgt zusammen: Schöber: Kanzler und Aussenminister; Breisky: Bizekanzler und Unterrichtsminister; Waber (Großdeutscher): Inneres; Waigoim (Chr.-soz.): Meer; Grimm: Finanzen; Grünberger: Ernährung; Kallaus: Justiz; Ministerialrat Benet: Ackerbau; Sektionschef Rodler: Verlehr; Sektionschef Angerer: Handel; Sektionschef Baur: Soziale Verwaltung. — Das neue Kabinett besteht aus Beamten und Fachmännern und je einen Vertrauensmann der Christlichsozialen und der Großdeutschen.

### Nachbesteuerung der großen Vermögen in Ungarn.

Budapest, 22. Juni. Der Finanzminister unterbreitete dem Parlament einen Gesetzentwurf, wonach von allen eine Million Kronen übersteigenden Vermögen, die vom 1. Juli 1914 bis zum 1. März 1921 erworben worden sind, eine Vermögensabgabe nochmals zu entrichten ist.

### Reise des englischen Königspaars nach Irland.

London, 22. Juni. Die Abreise des britischen Königspaars nach Irland ist das Hauptthema der gestrigen Abendblätter. „Evening Standard“ schreibt, in den nächsten zwei Tagen würden alle Augen auf Irland gerichtet sein. — Bei der Abreise des Königspaars sang eine riesige Menschenmenge auf dem Bahnhof die Nationalhymne und rief dem Königspaars glückliche Reise zu. In Belfast sind, wie die Blätter melden, vom Militär und der Polizei ganz außerordentliche

Schutzmaßnahmen getroffen worden. Von gestern abend bis Donnerstag morgen müssen alle Zugänge zu den Häusern der Häuser, die in den Straßen liegen, durch die sich das Königspaar begibt, gesperrt sein.

### Weiterer Rückgang des englischen Außenhandels.

Der Wert der englischen Einfuhr im Mai betrug 86 308 308 Pfund Sterling gegen 9 995 504 Pfund Sterling im April. Im Vergleich zum Mai des Vorjahres bedeutet das einen Rückgang um 80 105 724 Pfund Sterling. Die Ausfuhr belief sich im gleichen Monat auf 43 088 418 Pfund Sterling gegen 59 867 585 Pfund Sterling im April. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres bedeutet das einen Rückgang um 76 231 004 Pfund Sterling. Die Wiederausfuhr betrug 7 231 836 Pfund Sterling, das sind 13 028 200 Pfund Sterling weniger als zur gleichen Zeit des Jahres 1920. — Sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr bewegen sich danach noch immer rückwärts. Auch ist der Rückgang der Ausfuhr noch immer ausgeprägter als in der Einfuhr.

## Zur Lage in Oberschlesien.

### Bolschewisierung des Aufstandes?

Berlin, 22. Juni. Der obereschlesische Berichterstatter des „Berliner Lokalanzeigers“ berichtet ausführlich über die immer weiter um sich greifende Bolschewisierung der obereschlesischen Aufstandsbewegung. In Gleiwitz befindet sich eine kommunistische Zentrale, die mit unbefräßigten Mitteln arbeitet. In den letzten zehn Wochen seien rund 15 Millionen Mark für kommunistische Propaganda ausgegeben worden. In verschiedenen Orten seien sogenannte „Verfügungen“ des Arbeiterkomitees ergangen, auf keinen Fall die Waffen abzugeben, da in kurzer Zeit die Befreiung von der Kapitalistenherrschaft vor der Tür stehe. Viele der auf Anordnung der Ententekommission neu errichteten Ortswehren, die sich aus polnischen Insurgenten zusammensetzen, trügen rote Fahnen und bezeichneten sich als die Herolde der kommenden Räterepublik.

### Ein Hilferuf der Bevölkerung von Kattowitz.

Breslau, 21. Juni. Die Stadt Kattowitz hat an den Regierungspräsidenten in Oppeln, an das Auswärtige Amt in Berlin, an den Reichstag, an den preussischen Landtag und an den deutschen Bevollmächtigten in Oppeln einen Hilferuf gerichtet, worin die herrschenden Zustände geschildert werden. Zum Schluß heißt es: Mit allerhöchster Beforgnis sieht die Bevölkerung der nächsten Zukunft entgegen, denn man fühlt sich unter den obwaltenden Umständen, deren Besserung noch nicht abzusehen ist, allgemein vogelfrei.

### Behinderung der Kohlenabfuhr.

Beuthen, 21. Juni. In verschiedenen Orten hat sich die auf den Halben lagernde Staubkohle entzündet. Die Gefahr, daß die Halbenbrände sich zur Katastrophe auswachsen, wird von Tag zu Tag größer.

Hindenburg, 21. Juni. Infolge der völligen Verlethesstodung auf den Gruben und Kokswerken sind die Stapelplätze überfüllt. Die Förderung der Gruben ist daher eingeschränkt und zahlreiche Koksöfen müssen kaltgestellt werden. Einige Koksöfen sind bereits in Brand geraten.

### Immer nur Pläne und keine Ausführung.

London, 21. Juni. Reuter erfährt, daß von der Interalliierten Kommission ein Plan für die fortschreitende Zurückziehung der Polen und Deutschen in Oberschlesien entworfen worden ist, der gegenwärtig mit beiden Parteien erörtert werde. Im übrigen sei die Lage unverändert.

Berlin, 21. Juni. Die „Börsliche Zeitung“ schreibt, daß sich der Präsident der Abstimmungskommission in Oppeln, General Leonard, auf den Standpunkt gestellt habe, daß das Räumungsverprechen Korfantys ernst zu nehmen sei. Es handele sich um eine neue sechsbändige Frist, in der die Ententekommission zeigen soll, ob es ihr wirklich gelingt, ohne Anwendung von Zwang die Liquidierung des Aufstands zu erreichen. Es sei anzunehmen, daß der Zwölferauschuß im Einvernehmen mit den Führern des deutschen Selbstschutzes den Forderungen der Ententekommission nachkommen werde. Sowohl der französische Vorkämpfer in Berlin, Laurent, als auch der englische Geschäftsträger hätten gestern in freundschaftlicher Form der Reichsregierung den Rat gegeben, auf den Zwölferauschuß zu Gunsten der Annahme der Vorschläge der interalliierten Kommission einzuwirken.

### Reichsmittel zur Linderung der Not in Oberschlesien.

Berlin, 22. Juni. Nach Mitteilung der Blätter hat die Reichsregierung zur Linderung der dringenden Not in Oberschlesien 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, die durch einen besonderen Staatskommissar an die bedürftigen Kreise der in deutscher Hand befindlichen Gebiete Oberschlesiens verteilt werden.

## Deutscher Reichstag.

### Die Frage der Ergänzungsprüfung der Assistenten und Sekretäre. — Das Reichsmietengesetz

Berlin, 21. Juni. Nachdem der Reichstag heute das Andenken an den verstorbenen Abg. Aderhold (USP.) in üblicher Weise geehrt und seinem Mitgefühl für die Opfer der Grubenkatastrophe in Herne Ausdruck gegeben hatte, erteilte er auf Antrag der Deutsch-Nationalen und der Sozialdemokraten seine Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. van den Kerthoff (D.) wegen Steuerhinterziehung und Bestechung. Dann wandte sich das Haus den Interpellationen der Deutsch-Nationalen und der Deutschen Volkspartei, sowie den Anträgen der Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen zu, die den Fortfall der besonderen Ergänzungsprüfung der Assistenten und Sekretäre beim Einrücken in die Besoldungsgruppe VII verlangen. Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte dazu, er und Minister Giesberts seien für die Aufhebung in die Besoldungsgruppe VII ohne jede Prüfung gewesen, doch seien sie von ihren Ministerkollegen im Kabinett Fehrenbach überstimmt worden, das einen Beschluß gefaßt habe, daß von dieser Prüfung nicht Abstand genommen werden solle. Jetzt müsse man, um die Besoldungsordnung nicht in Unordnung zu bringen, an diesem Beschluß festhalten. Er sei aber bereit, denjenigen Beamten, die die Prüfung schon abgelegt hätten, die Bezüge der Gruppe VII rückwirkend zu gewähren. Im übrigen stellte der Minister fest, daß der Regierung die in der Presse behauptete Absicht, das Berufsbeamtentum abzuschaffen, vollständig fernliege. Auf deutsch-nationalen Antrag wurde in die Besprechung der Angelegenheit eingetreten. Außerdem brachten die Deutsch-Nationalen ein Mißtrauensvotum ein, das besagt, daß die Antwort der Regierung nicht befriedigend sei. Schließlich wurde die Sache dem Beamtenschaftsausschuß überwiesen und die Abstimmung über das Mißtrauensvotum, das die Kommunisten unterstützten, auf morgen verlag.

Dann genehmigte der Reichstag eine Anzahl kleiner Vorlagen und überwies das Reichsmietengesetz ohne Debatte an den Wohnungsausschuß. Bei der nun folgenden zweiten Beratung des Mietsteuergesetzes begründete Reichsarbeitsminister Dr. Braun den Entwurf, der von vielen Uebeln das Kleinere sei. Man folge nur einem Zwang, wenn man die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Wohnungen einer Abgabe unterwerfe. Der private Wohnungsbau könne nicht durch Freigabe des Wohnungsmarktes gefördert werden, da sonst die Mieten auf das 10- bis 12fache steigen würden, was nur eine Wertsteigerung der Grundstücke, aber keine wesentliche Förderung der Bautätigkeit zur Folge haben würde. Ohne Stelgerung der Mieten sei ein Wohnungsneubau praktisch unmöglich. Die leistungsschwachen Bevölkerungsschichten wolle aber die Regierung möglichst von der Steuer frei lassen. Für gewisse Fälle, wie Krankheit und Erwerbslosigkeit, sei ein Erstattungsanspruch vorgesehen. Die Regierung stimme den Anträgen dieser Richtung zu, ebenso dem sozialdemokratischen Antrag, der verhindern wolle, daß die mit öffentlichen Mitteln gebauten Wohnungen dem Bauherrn einen übermäßigen Gewinn abwerfen. Die übrigen Anträge lehne er ab, besonders den deutsch-nationalen Antrag, der die Wirtschaftsgebäude steuerfrei lassen wolle. — Nachdem die einzelnen Anträge begründet worden waren, wurde der Paragr. 1 mit einigen redaktionellen Änderungen gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien angenommen und der Rest des Gesetzes unter Ablehnung der von den Rechtsparteien eingebrachten Entschleunigungen und Anträge, aber mit redaktionellen Änderungen gemäß einem Kompromißantrag der Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei. — In der morgen nachmittags 1 Uhr beginnenden Sitzung steht als erster Punkt eine Interpellation über das Bergwerksunglück auf der Zeche „Mont Cenis“ auf der Tagesordnung.

Berlin, 21. Juni. Der Vortag des Reichstags beschäftigte sich heute mit dem Arbeitsplan der nächsten Zeit. Bei den Beratungen des Nachtragetat sollen nur die Änderungen besprochen werden, damit diese Etatsberatungen noch vor den Sommerferien erledigt werden können. In die geordnete Etatsberatung soll dann im Herbst eingetreten werden. Hiernach wird der Reichstag vielleicht schon am 2. Juli seinen gegenwärtigen Tagungsabschnitt beenden können.

Im Reichsrat erhoben gegen die Beschlüsse des Reichstags zu dem Gesetz über die Getreidebewirtschaftung die Vertreter von Bayern, Braunschweig und Sachsen Widerspruch. In der Abstimmung wurde der Einspruch mit 46 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Das Gesetz kann also demnächst in Kraft treten.

### Vertagung der Interpellation über die äußere Lage.

Berlin, 22. Juni. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ von parlamentarischer Seite erfährt, begibt sich eine deutsche Delegation nach Oberschlesien, die sich aus Vertretern des Auswärtigen Amtes und aus Mitgliedern der drei Regierungsparteien zusammensetzen soll. Die Delegation soll zur Lösung der Frage der Zurücknahme und Auslösung des deutschen Selbstschutzes beitragen.

Berlin, 22. Juni. Die „Vossische Zeitung“ teilt mit, daß im Einvernehmen mit der Reichsregierung die Interpellationen über Oberschlesien und über die Aufhebung der Sanktionen vorläufig vertagt worden seien.

## Deutschland.

### Eine Gareis-Interpellation im bayrischen Landtag.

München, 21. Juni. Der Landtag befaßte sich heute mit der Interpellation der Unabhängigen und Mehrheitssozialisten wegen der Ermordung des Abg. Gareis. In seinem Nachruf gab Präsident Königsbaur der Erwartung Ausdruck, daß es ge-

lungen möge, den Verbrecher der gerechten Strafe zuzuführen und die Motive der Tat restlos aufzuklären. Die unabhängige Interpellation wurde von dem Abg. Neumann begründet, der den politischen Mord geißelte. Ministerpräsident v. Rahr sei offenbar nicht imstande, sein Versprechen, allen Staatsbürgern freie Betätigung zu sichern, einzulösen. Beurteilenswert sei die Art, wie Gareis in rechtsstehenden Blättern mit Schmutz besudelt worden sei.

Abg. Neumann erklärte es für eine Verleumdung, daß der Abg. Gareis Ententoffizieren Mitteilungen über Waffenlager gemacht und einen darauf bezüglichen Artikel im „Tempo“ geschrieben habe. Man stehe jetzt unter einer Diktatur schwarz-weiß-rot, kostümiert mit dem Hakenkreuz an der Fahne. Die Arbeiterschaft werde gezwungen sein, sich mit Selbstschutz zu umgeben, solange diese Regierung am Ruder sei. Was in Bayern herrsche, sei nicht Ruhe und Ordnung, sondern Anarchie. Der Redner verlangte zum Schluß, daß endlich auch in Bayern verfassungsmäßige Zustände hergestellt würden und forderte auch die bürgerlichen Parteien auf, dabei mitzuhelfen.

München, 21. Juni. Die Interpellation der Mehrheitssozialisten, in der die Regierung aufgefordert wird, dem Zustand der Reichsunfähigkeit in Bayern ein Ende zu bereiten, begründete der Abg. Sängler, der dabei erklärte, daß seine Partei wohl bereit sei, die Forderung aus dem parlamentarischen System zu ziehen und den auf sie entfallenden Anteil der Verantwortung an der Regierung zu übernehmen, daß sie aber die jetzige Regierung und jede andere Regierung, die in der Frage der Beziehungen zum Reich und in kulturellen und wirtschaftspolitischen Fragen nicht einen anderen Weg einschlägt, bekämpfe. Auch dieser Redner erklärte, daß es sich bei dem Mord an Gareis um einen politischen Mord handele. Er richtete im Verlauf seiner Ausführungen heftige Angriffe gegen die bayerische Justizverwaltung, an deren Spitze ein Mann stehe, dessen Partei dem schärfsten Antisemitismus huldige. Ministerpräsident v. Rahr habe oft von der Versöhnung der Klassen gesprochen, aber mit negativem Erfolg. Das komme daher, weil die Regierung Rahr nicht mehr frei sei und die Geister, die sie tief, nicht mehr los werde. Die Sitzung wurde hierauf auf morgen mittags 9 Uhr verlag. Als erster Redner wird Ministerpräsident v. Rahr die Interpellation beantworten.

### Die Unabhängigen und die Reichshaller Tagung der russischen Rechtsparteien.

München, 22. Juni. Auf eine Anfrage der Unabhängigen im Landtag wegen der Duldung des russischen Kongresses in Reichshall zu Anfang Juni, der sich mit dem Sturz der gegenwärtigen russischen Regierung und der Wiedererrichtung des Zarentums befaßt habe, teilte der Vertreter der Regierung mit, daß es sich bei dem Kongress um die Behandlung rein wirtschaftlicher Fragen handelte. Der Kongress habe sich in keiner Weise in politische Angelegenheiten des deutschen Volkes eingemischt und auch keinen Anhaltspunkt dafür gegeben, daß die Absicht einer gewaltsamen Aenderung der jetzigen Staatsform in Rußland bei den Kongreßteilnehmern bestehe. Ein Anlaß zum Einschreiten sei daher nicht gegeben gewesen.

### Kommunistisches.

Berlin, 22. Juni. Wie die „Freiheit“ mitteilt, hat die Zentrale der K. P. D. einen Beschluß gefaßt, in dem das Verhalten des Parteivorstandes Brandler vor dem Berliner außerordentlichen Gericht verurteilt wird. Brandler hatte in seiner Verteidigungsrede vor dem Gericht u. a. gesagt: Wir wollen erst die Macht, wenn wir die ungeheure Mehrheit des Proletariats hinter uns haben und zwar durch gewählte Räte. Die Diktatur des Proletariats ist möglich sogar beim Bestehen der jetzigen Verfassung. Sie wird nicht den zehnten Teil Gewalt anwenden müssen, wie die jetzige Regierung. — Die Kommunisten wollen also schon vorher die Macht.

### Erwerbslosenemonstrationen auch in Dresden.

Berlin, 22. Juni. Wie die „Freiheit“ aus Dresden meldet, fanden dort gestern Erwerbslosenemonstrationen statt. Dabei wurde der unabhängige Landtagsabgeordnete Menha schwer mißhandelt.

### Der Druck der Entente auf unsere Militärorganisation.

Berlin, 22. Juni. Die mehrere Blätter erfahren haben wofür, soll die Interalliierte Militärkommission an dem in Berlin garnisonierten Wehrregiment Anstoß genommen und dessen Auflösung gefordert haben. Desgleichen soll General Koller die auf Truppenübungsplätzen geplanten größeren Truppenübungen der Reichswehr beanstandet und ihre Nichtabhaltung gefordert haben. — Die Blätter bemerken hierzu, daß beide Forderungen nicht den geringsten Rücksicht im Friedensvertrag finden. — Nach Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist bisher an den Berliner zuständigen Stellen weder von einem schriftlichen noch einem mündlichen Einspruch der Interalliierten Kontrollkommission in der oben angedeuteten Richtung etwas bekannt.

### Zum Bergwerksunglück in Herne.

Essen, 21. Juni. Die Entstehungsurache der Schlagwetterexplosion auf der Zeche „Mont Cenis“ ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. Auch die heutige Befahrung durch die Bergbehörde hat noch keine endgültige Aufklärung gebracht. Sämtliche Verunglückten sind geborgen. Es ist das erste Mal, daß die Zeche von einem größeren Unglück heimgeführt wurde.

Herne, 21. Juni. Die Zahl der Opfer, die die furchtbare Schlagwetterkatastrophe auf der Zeche „Mont Cenis“ in Solingen gefordert hat, ist jetzt endgültig festgestellt. Es wurden 79 Tote und 72 verletzte Bergknappen zur Lage festgestellt. Von den Schwerverletzten, die im Bergmannshelm in Bochum Aufnahme gefunden haben, sind bisher 4 gestorben, sodas sich die Zahl der Toten auf insgesamt 83 beläuft. Das Unglück entstand offenbar durch einen Sprengschuß in einem schlagwetterreichen Kohlenflöz, denn unmittelbar nach dem Losgehen des Schusses folgte eine zweite gewaltige Detonation, die Tod und Schrecken in die Reihen der Bergleute trug. Die Toten sind zum Teil entsehrlich verbrannt. Andere wurden durch die Gewalt der Explosion zerschmettert und furchtbar verstümmelt. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß ein Bergmann, der eine Viertelstunde vom Explosionsherd eine Maschine bediente, gegen die Wand geschleudert und schwer verletzt wurde.

Essen, 21. Juni. Aus Anlaß des Unglücks auf der Zeche „Mont Cenis“ hat der Gewerbeverein christlicher Arbeiter an den Minister für Handel und Gewerbe folgendes Telegramm geschickt: Angefaßt der furchtbaren Katastrophe auf der Zeche „Mont Cenis“, bei welchem sicherem Vernehmen nach mehr als 100 Bergarbeiter verunglückt sind, bitten wir um sofortige energische Untersuchung und restlose Aufklärung der Ursache des schlagenswerten Unglücks.

Herne, 22. Juni. Heute nacht brach, wie die „Herneer Zeitung“ meldet, in der Kokerei der Zeche „Mont Cenis“ ein großer Brand aus. Alle Wehren der umliegenden Zechen wurden zur Hilfe gerufen. Seit 1 Uhr nachts besteht die Hoffnung, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

### Die finanziellen Auseinandersetzungen des preussischen Staats mit den Angehörigen des ehemaligen Königshauses.

Berlin, 22. Juni. In der Auseinandersetzung des preussischen Finanzministeriums mit dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen wegen Beschlagnahme der dem Prinzen gehörenden Festung Flatau-Krojanke ist ein Vergleich abgeschlossen worden. Die Regierung hat sich verpflichtet, als Vorbehalt auf die Einnahmen aus dem von ihr beschlagnahmten Liegenschaft des Prinzen sämtliche während seines Aufenthalts in Lugano gemachten Schulden zu bezahlen. Diese Vorzahlungen werden sich auf etwa 1 400 000 Mark belaufen. Der Prinz wird nunmehr Lugano noch im Laufe dieses Monats verlassen und voraussichtlich auf seiner Besetzung Flatau-Krojanke Wohnung nehmen.

### Die Finanzierung des Neckarkanalprojektes in Baden.

In Heidelberg veranstaltete dieser Tage der badische Arbeitsminister Engler eine Besprechung mit den badischen Reichsgemeinden über die Finanzierung des Kanalprojektes durch Uebernahme von Aktien der Neckarkanal-Aktiengesellschaft. Die Gemeindevorstände erklärten sich, nach Meldungen der nordbadischen Blätter, ausnahmslos bereit, je nach der finanziellen Leistungsfähigkeit und nach dem Grad des Interesses am Kanal, sich an der Ausbringung des Aktienkapitals zu beteiligen. Der badische Arbeitsminister hat damit einen neuen Beweis der Energie gegeben, mit der er in letzter Zeit das Kanalwerk vielfach gefördert hat. In Mannheim veranstaltete gleichzeitig in der Handelskammer der Südbadischen Kanalverein eine Besprechung mit Vertretern der Industrie, des Handels, des Handwerks und der Gewerkschaften, die demselben Zweck dienlich. Auch hier erklärten sich die Versammelten, besonders in Hinblick auf den dadurch bedingten Einfluß auf den Bau und die Geschäftsführung der Kanalgesellschaft, zur Aktienzeichnung bereit. Besonders beträchtlich wird mittelbar die Beteiligung der Stadt Mannheim an der Kanalfinanzierung werden, wenn das geplante große Dampfkraftwerk Mannheim errichtet wird, das als ein Bestandteil der Kanaltrastanlagen angesehen werden kann. Wahrscheinlich wird aber die Stadt Mannheim neben der Einbringung ihres Sachwertes in die Gesellschaft einen Aktienbetrag unmittelbar übernehmen.

### Die Ein- und Ausfuhr Deutschlands im Jahre 1920.

Die Ziffern der deutschen Ein- und Ausfuhr im Jahre 1920, die nun vom Reichsamt für Statistik endgültig errichtet worden sind, zeigen in den Monaten Januar bis November folgende Summen in Millionen Mark: Januar-Einfuhr 4621, Ausfuhr 3228; Februar-Einfuhr 4025, Ausfuhr 4342; März-Einfuhr 3662, Ausfuhr 4251; April-Einfuhr 4769, Ausfuhr 5347; Mai-Einfuhr 5538, Ausfuhr 6631; Juni-Einfuhr 6615, Ausfuhr 6900. In den folgenden Monaten wurden die Einfuhrziffern nicht mehr festgesetzt. Die Ausfuhr stellte sich im Juli auf 6222 Millionen, davon 2 Millionen Edelmetalle. Im August auf 6553 Millionen mit 5 Millionen Edelmetallen, im September auf 6451 Millionen, darunter 6 Millionen Edelmetalle; im Oktober auf 6494 Millionen mit 6,2 Millionen Edelmetallen und im November, dem zuletzt errechneten Monat, auf 7916 Millionen, darunter 3,9 Millionen Silber.

### Die Zuckerproduktion in Deutschland.

In den Zuckerfabriken des Deutschen Zollgebiets sind im April d. J. verarbeitet worden: 878 362 Dzt. Rohzucker, 3266 Dzt. Verbrauchszucker und 37 742 Dzt. Zuckerrüben. Es sind gewonnen worden: 22 520 Dzt. Rohzucker aller Art, 814 984 Dzt. Verbrauchszucker aller Art, 2408 Dzt. Speisezucker und 159 047 Dzt. andere Rüben. Die gesamte Herstellung für die Zeit vom 1. September 1920 bis 30. April 1921 ergibt in Rohzucker berechnet 10 747 199 Dzt. gegen 6 914 565 Dzt. in der Zeit vom 1. September 1919 bis 30. April 1920.

### Schneeessal im Riesengebirge.

Dirschberg i. Schl., 21. Juni. Im Riesengebirge ist in der vergangenen Nacht bei 2 Grad Kälte starker Schneeeßsal eingetreten. Das Gebirge ist bis auf 900 Meter herab vollständig verschneit.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 22. Juni 1921.  
Eine Landesbaugenossenschaft der Finanzbeamten. Dieser Tage wurde die Errichtung einer Landesbaugenossenschaft der Finanzbeamten in Württemberg und Hohenzollern beschlossen, die auf dem Weg der Selbsthilfe dem in ihren Kreisen bestehenden Wohnungsmangel abhelfen will. Die Genossenschaft will zunächst in Stuttgart Wohnungen erstellen.

### Postkreditbriefe.

Die Einrichtung der Postkreditbriefe ist für die Reichspost besonders wichtig. Der Postkreditbrief kann unter Einzahlung der Summe, auf die er lauten soll, bei jeder Postanstalt bestellt werden. Postkreditkunden überweisen den Betrag ihrem Postkreditkonto. Abhebungen bis zu 3000 M. an einem Tage sind bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches zulässig. Ausweisarte und Gebühren für Ausfertigung des Postkreditbriefs sind die einzigen Kosten, die entstehen.

### über die

Zu Staatsanzeigerlicher Bestimmungen von den ersten Kriegsjahren von Buchen den heutigen die Aufhebung der öffentlichen Verordnungen der h. h. von Badware, 2. 3. 4. auf 90 Gewichts werden, allgemein für die führung zugulassen, daß teile nur bis zu 30 Te Maße oder mehrartigen rechtlichen Ermächtigung an die Vorgänge in 2 werden, daß künftig in bel- und Wärmelabelsch Nachverordnung herge als 30 Teile Maß aus indgemein verwendeten der Bearbeiter das Ge

### Verbandsrat d

Am Freitag fand i schied. Wirtk statt, der befaßt war. Der 1. 2. grüßte die Versammlung des Landesfinanzamts, mährlichen Gäste und Henne, Flab, Kühle, Sämmer-Gannstak, hiel Tage und des Wirtkge Wirtschaftsfachwissen hin, den unerschütterlichen Gesell Württemberg, besonders gen durch die Unterorg geführt werden, wie se der Zeit der Zwangsma mäßig mit einem Feb registrier vollzogen werde Aus vielen Gasthöfen f des Gewerbes zeige die berg 1054 Brauereirei b. Das müsse auf den Wt durch die Errichtung, durch Unternehmen, der 47 Bahnbetriebsbetrie Schanbetrieb habe sich Beziehung schwerer Bear zt hätten die höheren z schau die Vereinfachun stiften und Vereinfachun die durch freie Vereinh müße und bekämpfte d Zum Schluß verlangte den Zusammenschluß d anwalt Kohale-Stuttga Wirtkhande im Steueru Gewerbesteuer, die auf aufgebaut werden müß lichen Erwerbs durch Umfassungsgesetzes, die

### Der R

Erklärung Und dazu war er war er in diesem W welchem er des Hau von alles zu tun, w hilfreich zu werden. war er in der gefüh halle, hergekommen. Schloß seiner kleinen größeren Sicherheit d ordnete seinen Anzug gende Kleiderbürtien atag, das Haus des Es war nicht schwer Vor dem Hause f ein hoher Befehlshab Wirtklich hatte dieser bis jetzt im Wirtwar men Begegnungen m talle, seiner Bestim konnte es anders sein, unter dessen Ordnun lehren und sich einen Mittel dazu, er wüßte rüding und sich an Sonntagskleibern aus in der Gasse runtfon eines der 30rigen so fah ziehen, die im 7. Postkreditkonten. als Sicherheitspand So wagte er es. G

### Neue Bestimmungen über die Vereitung von Kuchen.

In Staatsanzeiger werden eine Reihe reichs- und landesrechtlicher Bestimmungen veröffentlicht, durch die die zum Teil noch aus dem ersten Kriegsjahren stammenden Vorschriften über die Vereitung von Kuchen den heutigen Verhältnissen und den insbesondere durch die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung auf einer Reihe von Gebieten veränderten Verhältnissen angepaßt werden. Während bisher in der Hauptsache in Bäckereien und Konditoreien nur sog. Obst- und Zuckergebäck ohne Mehl und mehrlartige Stoffe, ferner daneben noch in Konditoreien sog. Konditoreiwaren ohne Getreidemehl hergestellt werden konnten, gibt die Reichsverordnung die rechtliche Möglichkeit, die Herstellung von Kuchen im eigentlichen Sinne, d. h. von Backwaren, zu deren Vereitung mehr als 10 Gewichtsteile Zucker auf 90 Gewichtsteile Mehl oder mehrlartige Stoffe verwendet werden, allgemein für alle gewerblichen Betriebe unter der Voraussetzung zuzulassen, daß bei der Vereitung der Kuchen Mehl aus Getreide nur bis zu 30 Teilen vom Hundert der insgesamt verwendeten Mehle oder mehrlartigen Stoffe verwendet wird. Von der reichsrechtlichen Ermächtigung ist nun auch für Württemberg angeschlossen worden, daß künftig in gewerblichen Betrieben sowohl Obst-, Zwiebel- und Marmeladekuchen als auch Kuchen im eigentlichen Sinne der Reichsverordnung hergestellt werden dürfen, sofern sie nicht mehr als 30 Teile Mehl aus Brotgetreide oder Gerste auf 100 Teile der insgesamt verwendeten Mehle oder mehrlartigen Stoffe enthalten und der Bearbeiter das Getreidemehl rechtmäßig erworben hat.

### Verbandstag des Landesverbands der Wirte Württembergs.

Am Freitag fand im Saalbau Halle der 31. Verbandstag der württembergischen Wirte statt, der aus allen Gegenden des Landes zahlreich besucht war. Der 1. Vorsitzende, Hotelbesitzer Weber-Stuttgart, begrüßte die Versammlung, die Vertreter des Ernährungsministeriums, des Landesfinanzamts, der Stadtdirektion, der Polizeidirektion, die anwesenden Gäste und die Abgeordneten Mälberger, Hauptmann, Henne, Flab, Rühle, Miller und Sperla. Das Vorstandsmittglied, Samann-Cannstatt, hielt hierauf einen Vortrag über die allgemeine Lage und das Wirtegewerbe. Er wies auf die Erschütterung des Wirtschaftens hin, charakterisierte die Schließungsperiode mit den unerträglichen Gefängnis- und Geldstrafen und sagte, daß in Württemberg, besonders aber in Stuttgart die gesetzlichen Anordnungen durch die Unterorgane der Behörden mit einer Schärfe durchgeführt würden, wie sonst nirgends im Reich. Die Strafen aus der Zeit der Zwangswirtschaft, namentlich wegen der Kleinverbrechen, müßten mit einem Federstrich beseitigt und die Bösung im Strafregister vollzogen werden. Die Lage des Wirtegewerbes sei trotz alledem aus vielen Gesichtspunkten sehr günstig geworden. Den Abstieg des Gewerbes zeige die Tatsache an, daß vor dem Krieg in Württemberg 1054 Brauereien bestanden, während es jetzt nur noch 175 seien. Das müßte auf den Wirtestand wirken. Dieser werde auch geschädigt durch die Erziehung von Fabrikantinnen mit Küchenanrichtungen und durch freie Vereinbarung der Wirteorganisation geregelt werden müsse und bekämpfte die steuerliche Belastung des Wirtegewerbes. Zum Schluß verlangte er die Erziehung von Gastwirtskammern und den Zusammenschluß der Wirteorganisationen im Reich. Steueranwalt Rohale-Stuttgart behandelte in einem weiteren Vortrag die Mißstände im Steuerwesen, forderte eine zeitgemäße Form der Gewerbesteuer, die auf den Ertrag des gewerblichen Betriebskapitals aufzubauen werden müsse und nicht eine Sonderbelastung des persönlichen Erwerbs durch Arbeitsverdienst sein könne. Die Frage des Umsatzsteuergesetzes, die Bestrafungen wegen Wein- und Mosktener-

hinterziehung, die Steuerveranlagungspraxis u. a. wurden eingehend erörtert. Nach einer lebhaften Aussprache wurden folgende Entschlüsse angenommen: 1. Der Verbandstag beauftragt seinen Vorstand, in Gemeinschaft mit dem Zentralverband deutscher Wirtevereinigungen bei den Reichsbehörden dahin zu wirken, daß das Weinsteuergesetz dahin abgeändert wird, daß den Gastwirten keine Verkaufseinschränkung mehr bezüglich der Herkunft und Ausschankart des Weins auferlegt wird. In Zukunft soll sämtlicher Wein beim ersten Verkauf versteuert werden. Eine Doppelbesteuerung ein und desselben Gewerbes, wie es heute bei Händler- und Verbraucherwirten der Fall ist, bedeutet eine Ungerechtigkeit. 2. Der Vorstand soll bei der Reichs- und Landesregierung zusammen mit den deutschen Gastwirtsverbänden dahin wirken, daß die Bundesratsverordnung vom 11. 12. 16 über Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln aufgehoben wird und daß dem Gastwirtsgewerbe durch Aufhebung der Schlußnahme wieder soviel Bewegungsfreiheit gelassen wird, als für die Aufrechterhaltung seiner Existenz notwendig ist. 3. Der Verbandstag erblickt in der geplanten fünfprozentigen Erhöhung der Biersteuer eine für das Wirtegewerbe unerträgliche Belastung und bittet Reichs- und Staatsbehörden, von einer weiteren Erhöhung dieser Steuer abzusehen. 4. Der Verbandstag bittet im Interesse der Erhaltung zahlreicher Existenzen, von weiteren steuerlichen Belastungen des Wirtegewerbes abzusehen, da diese von dem Gewerbe nicht mehr getragen werden könnten. An die Verhandlungen schloß sich ein Festessen in der Väterhalle und ein Besuch der „Fahrg“ an. Auf dem Sänder fand abends eine weitere gefellige Veranstaltung statt.

### Nachträge zum Staatshaushaltplan.

(StB.) Stuttgart, 21. Juni. Das Staatsministerium hat einen 2. und 3. Nachtrag zum Etat für 1921 dem Landtag zugehen lassen. Durch den zweiten Nachtrag wird das Ministerium des Innern ermächtigt, zur Bekämpfung der Tuberkulose 1 Million M. auszuwenden. Der 3. Nachtrag bringt infolge Uebergangs der staatlichen Hüttenwerke in gemischtwirtschaftlichen Betrieb eine Verringerung der persönlichen Ausgaben um 54 600 M. Es ist in Aussicht genommen, zur Geschäftsvereinfachung die Bau- und Bergdirektion als Kollegialbehörde aufzuheben und sie in eine von einem Ministerialrat geleitete, dem Finanzministerium angegliederte Behörde mit der Bezeichnung Finanzministerium, Bauabteilung, umzuwandeln. Die eintretenden Personalveränderungen ermöglichen für die Zeit vom 1. Juli ds. Js. bis 31. März 1922 Ersparnisse von 54 600 M.

### Württembergischer Landeswohnungsverein.

(StB.) Stuttgart, 19. Juni. Am Samstag nachmittag fand unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. Dr. v. Feilichhauer im Bürgermuseum die geschlossene Mitgliederversammlung des Landeswohnungsvereins und darauf eine öffentliche Versammlung statt. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, der das Andenken des verstorbenen Ehrenvorsitzenden, Eduard von Pfeiffer, ehrte, erstattete der Geschäftsführer, Baurat Daser, den Geschäftsbericht. Der Verein entfaltete durch Beratungen und Versammlungen mit Vorträgen draußen im Lande eine rege Tätigkeit. Der Schatzmeister konnte weniger Erfreuliches berichten, denn das Vereinsjahr schließt mit einem Abmangel von 3000 M., sodaß das Vermögen angegriffen oder durch Beitragserschöpfung oder regeren Mitgliederzuwachs gesohrt werden muß. Der Mitgliederbestand beträgt rund 2000. In den Vorstand wurde neu gewählt Präsident Friebe, Vorstandsvorsitzender der Landesversicherungsanstalt Württemberg. In der öffentlichen Versammlung hielt Ministerialrat Dr. Reuschler, Berichterstatter für Wohnungsfragen im Ministerium des Innern, einen Vortrag über den Stand der Reichswohnungsfrage. Wer sich als Beamter, Politiker oder sonstige mit Wohnungsfragen befaßt, müsse zuerst wissen, wie weit darin die Zuständigkeit des Reichs gehe. In der Reichsverfassung sei nichts davon gesagt, daß die Wohnungsfrage ausschließlich in die Zuständigkeit des Reiches falle. Zuständig dafür sei die Landesgesetzgebung. Das Reich könne nur Grundätze für das Wohnungsweisen aufstellen. Wenn die neuen Zeitungsdrucke recht haben, so sei beabsichtigt, das Wohnungsabgabe-

gesetz mit dem Reichsmietegesetz gemeinsam im Reichstag beraten zu lassen. Trefflich diese Mitteilung als richtig zu, so könne man noch lange auf das Erscheinen des dringend notwendigen Abgabegesetzes warten; denn bei dem Reichsmietegesetz würden sich genug Schwierigkeiten und damit Verzögerungen ergeben. In Württemberg sei geplant, anstatt eines teuren Bürokratismus die Abgabe als Zuschlag (1 Proz.) zur Gebäudesteuer zu erheben. Man könne den Mieter nicht von den Maßnahmen für Wohnungsgewinnung trennen. Der Redner gab sodann einen Überblick über den jetzigen Entwurf des Reichsmietegesetzes und besprach die wichtigsten Punkte. Die Mieter haben volles Interesse daran, daß der Stand der Hausbesitzer- und keinen Mieter-Standpunkt, sondern nur den einen: das Wohl des gesamten Volkes. Man müsse mit nüchternem Wirklichkeitsinn an das Reichsmietegesetz herantreten. Der Redner besprach weiter einige neue Gesetzesentwürfe, so betreffend Mietaufkündigung und Mietminderungsämter. Er schloß mit den Worten: Es wird wirklich so viel von Abbau gesprochen. Ich wollte, es würde auch mit der Reichswohnungsfrage bald abgebaut. — An den Vortrag knüpfte sich eine längere Aussprache, in der u. a. Stadtschultheiß Gutkunst-Buffenhäuser und der Geschäftsführer des württembergischen Mietervereinsverbandes, Regierungsbaumeister Eckert, das Wort ergriffen, um namentlich bezüglich der Mietminderungsfrage zur Vorklärung zu mahnen. Viele Arbeiter, Angestellte und Beamte seien schon jetzt am Ende der Leistungsfähigkeit angekommen. Ein Redner wünschte, den Mietzins nach dem Wert des Hauses in Goldmark zu bemessen, also aufs Zehnfache zu steigern, worauf erwidert wurde, daß die Höhe und Gehälter sich auch nicht verzehnfacht hätten, während viele Lebensbedürfnisse um das zwanzig- bis dreißigfache gestiegen seien. Die Versammlung nahm auf Vorschlag eines Redners eine Entschließung an, worin die Darlehensvorlage des Finanzausschusses des Landtags mit 100 Millionen Mark freudig begrüßt und die Regierung um Maßnahmen zur Senkung der Baukosten erudert wird. Der stattlichen Versammlung haben viele Ortsvorsitzer, Gemeinde- und Vereinsvertreter, Wohnungspolitiker und sonstige Freunde der bedrohlichen Wohnungsfrage beigewohnt.

### Das neue Konservatorium und die Hochschule für Musik in Stuttgart.

(StB.) Stuttgart, 20. Juni. Die Umwandlung des württ. Konservatoriums für Musik in eine Hochschule für Musik, die fortan lediglich der Berufsausbildung dienen soll, bedingt eine Ausschaltung des Musikunterrichts für Dilettanten, der bis jetzt in der Abteilung B verankert wurde. Um dem Bedürfnis weiter Kreise nach einer gut organisierten Musikschule, in der Kindern und Erwachsenen Gelegenheit zur Aneignung einer gründlichen musikalischen Bildung gegeben ist, zu entsprechen, wird die Abteilung zu einer selbständigen Anstalt ausgebaut. Dieses neue Konservatorium für Musik wird eine Einrichtung des Vereins zur Förderung der Volksbildung; in dessen Musikabteilung, die unter Leitung von Karl Adler steht das musikalische Erziehungsweisen mit Erfolg zu fördern bestrbt war, wird das neue Konservatorium für Musik sich organisieren. Es wird in engster Verbindung mit der künftigen Hochschule für Musik und unter dem vollen künstlerischen und pädagogischen Einfluß dieses Instituts und seines Leiters, des Professors Bauer, stehen. Es wird auch von den städt. und staatlichen Behörden lebhaft begrüßt und nach Möglichkeit gefördert. Das neue Konservatorium für Musik, das seine Unterrichtsräume im Laufe des Sommers in Herweg 49 (Robert'sche Privatschule) beziehen, soll nicht nur den Schülern der bisherigen Abteilung B des württ. Konservatoriums und denen, die sich für die Hochschule für Musik vorbereiten wollen, dienen, sondern all den Kindern und Erwachsenen überhaupt, die die Musik vor allem zum häuslichen Gebrauch in erster Reihe pflegen wollen. Deshalb wird neben dem Unterricht in den meistgebrauchtesten Instrumenten, in deren Zusammenspiel und im Gesang auch Gelegenheit zur Erlernung der einfachen Instrumente, zur Pflege des Chorgesangs, weiterhin zur Teilnahme an elementar-musikalischen Kursen aller Art geboten.

### Der Kampf im Speffart.

Erzählung von Leo von Schücking.

Und dazu war er ja bereit, zu solcher Aufopferung, dazu war er in diesem Augenblick noch bereiter als vor dem, in welchem er des Hausnechts konfuse Enthüllungen erhalten; um alles zu tun, was in seinen Kräften stand, ihn nützlich und hilfreich zu werden, und koste es ihn, was es wolle — dazu war er in der gefährlichen Verleumdung, die er angenommen hatte, hergekommen. Und so säumte er jetzt nicht länger. Da das Schloß seiner kleinen Kasse zerprengt war, steckte er zur größeren Sicherheit die Briefe Duvignots in seine Brusttasche, ordnete seinen Anzug — des Hausnechts auf dem Tische liegende Kleiderbüchsen kamen ihm dabei sehr zu statten — und ging, das Haus des Schöffen Volktrath zu suchen.

Es war nicht schwer, es aufzufinden, ein Anabe zeigte es ihm. Vor dem Hause standen zwei Schildwachen; es mußte also ein hoher Befehlshaber in demselben einquartiert sein. Für Wilderich hatte dieser Anblick etwas Beunruhigendes. War er die jetzt im Wirtswart des Rückzugs und der Flucht unargenommenen Begegnungen mit Leuten, welche ihn nach seinem Truppenteile, seiner Bestimmung, seiner Order fragten, entgegen, so konnte es anders sein, wenn er in das Quartier eines Generals, unter dessen Ordnonnanz und Adjutanten gielte. Sollte er umkehren und sich einen anderen Anzug verschaffen? Er hatte keine Mittel dazu, er wußte nicht, wie dazu gelangen. Wenn er zurückging und sich an seinen Hausnecht wendete und in dessen Sonntagsgelbden aus der Kammer herauskam, in welche er in der Chasseuniform geschritten, so mußte diese Verwandlung eines der Jhrigen sofort die Aufmerksamkeit der Soldaten auf sich ziehen, die im Hofe und Stalle seines Wirtshauses lagen und herumlungerten. Dazu der Zeitverlust! Und hatte er nicht als Sicherheitsmaß für den schlimmsten Fall seine Briefe? So wagte er es. Er trat mit der Miene ruhiger Unbefangen-

heit in das Haus ein. Der geräumige Flur war voll Menschen; Ordnonnanz standen da, Unteroffiziere mit Rapporten, Bürger mit Reklamationen wegen ihrer Einquartierungen, Unterbeamte des Senats mit Aufträgen, Offiziere, die Meldungen machen oder Befehle einholen wollten; auch Leute, welche mit gespanntem Gesichtern zwischen zwei Wachen standen, unglückselige Arrestierte, die vorgeführt werden sollten, waren da, kurz alles, was in solchen Tagen sich in einer belagerten Stadt um den Kommandanten und zu ihm drängt. Wilderich brauchte nicht erst zu fragen, um zu erkennen, daß er in das Quartier des Generals Duvignot selber gelangt war.

Auf der im Hintergrunde des Flurs emporführenden Treppe stand mit untergeschlagenen Armen ein langer, verdorrten aussehender Geßel in einem langen blauen Rocke mit roten Spauketten, Revers und Aufschlägen, dessen Schöße bis auf die Waden fielen, in hirschedernen Hosen und hohen Reiterstiefeln, das Haupt bedeckt mit einem großen Sturmhut mit roten Federbüsch. So, an das Treppengeländer zurückgelehnt, zwischen den übereinandergeschlagenen Beinen den geraden Fallschirm in welcher Scheide haltend, blühte er mürrißig auf das Gebränge unter ihm nieder, gegen das er als eine Art Damm zu dienen schien, der die Erstürmung der Treppe durch all die Hartenden hinderte.

Wilderich drängte sich bis an den Fuß der Treppe und sagte dem Mann, den die Uniform als Gendarmen kenntlich machte: „Ich habe mit dem Schöffen Volktrath zu tun!“

„On ne passe pas!“ lautete die barische Antwort.

Ein wenig aus der Fassung gebracht, schaute Wilderich drein und wagte kaum, den bissigen Zerberus weiter anzureden, um ihm klarzumachen, daß er zum Hausherrn und nicht zum Kommandanten wolle, als ein Diener in gelber Livree, der aus einem Seitenzimmer getreten, durch den Flur an ihm vorüberkam, die Treppe hinaufzugehen. Er brachte diesem sein Anliegen vor.

„Folgen Sie mir nur,“ sagte der Diener, „diese Leute hier wollen zu dem Kommandanten, der erst Punkt sechs Uhr wieder zu sprechen sein will; zum Herrn Schultzeß kann ich Sie führen.“ Er schritt die Treppe hinauf, und Wilderich, jetzt unangehalten, ihm nach.

### Zehntes Kapitel.

Während Wilderich die gewundene, auf einen ziemlich dunkeln Vorplatz führende Treppe hinaufstieg, sah der vom Obergeneral Jourdan von Würzburg aus als Kommandant nach Frankfurt gesandte General Duvignot, den wir auf dem Wege dahin mit so viel Hemmnissen kämpfen sahen, in einem bequemen und wohlhütlich, wenn auch nach unseren Begriffen sehr einfach eingerichteten, auf den Hof hinausgehenden Zimmer in höchst lebhafter Unterhaltung mit einer Dame begriffen, welche wir ebenfalls kennen.

Duvignot war in der frühesten Morgenstunde in Frankfurt angekommen. Am Morgen hatte er energisch, scharf und schonungslos die Zügel des Regiments ergriffen und vor Geschäften kaum die Zeit gefunden, um mittags Frau Marcelline zu begrüßen, die nach ihm unter dem Schutze des Kapitains Desallier glücklich mit ihrem Gefolge eingezogen war. Vor einer halben Stunde hatte er eine durchgreifende Maßregel getroffen, um so viel Ruhe zu gewinnen, rath eine Maßregel einzunehmen und dann ein Gespräch mit der Frau vom Hause halten zu können. Sie sah in einem an das Fenster gerickten Lehnstuhl, müde hingegossen, die Arme im Schoße, das Haupt vornübergebeugt und auf den Boden niederblickend.

Der General stand aufrecht an dem Fenster, die linke Hand auf dem Knopf der Espagnolettefange, mit der rechten lebhaft gestikulierend.

Doch wurde das Gespräch nur leise flüsternd geführt.

(Fortsetzung folgt.)

